

Presseinformation



Frei zur Veröffentlichung: sofort
Datum: 17.11.2008

SPD fordert klare Mietbedingungen im Haus am Mühlengrund

(Rödermark) Im Rahmen der nächsten Stadtverordnetenversammlung Anfang Dezember will die SPD Rödermark den Magistrat damit beauftragen, dauerhaft klare Mietbedingungen im Haus am Mühlengrund zu schaffen. Das Ziel: ein Teil der im Haus am Mühlengrund geplanten Wohnungen sollen auf Dauer zu Mieten angeboten werden, die finanzierbar sind. Grundsätzlich plädiert die SPD dafür, dass die Wohnungen im Haus am Mühlengrund allen Bevölkerungsschichten offen stehen und diese bezahlbar sind.

„Wir stehen hier in der Verantwortung und wollen, dass die Zusagen aus dem Grundstücksverkauf des ehemaligen TN-Gelände, umgesetzt werden“, begründete Fraktionschef Lauer den Vorstoß der Sozialdemokraten. Da dieses Thema Haushaltsrelevanz besäße, müsse hier zeitnah eine richtungsweisende Entscheidung getroffen werden, auch wenn bisher unklar sei, ob die Pläne für einen Neubau im Mühlengrund verwirklicht würden.

Norbert Schultheis, Fraktionsgeschäftsführer der SPD im Rödermarker Stadtparlament, ergänzte, dass die SPD mit ihrem Antrag „eine Grundverständigung über die Frage der Finanzierbarkeit von Wohnraum für Senioren in Rödermark herbeiführen möchte“. Das Ziel sei deshalb klar umrissen. Ein Teil der im Haus am Mühlengrund geplanten Wohnungen soll auf Dauer zu Mieten angeboten werden, die vom Sozialhilfeträger bei der Gewährung von Grundsicherung o.ä. als Mieten anerkannt und vollständig übernommen werden. Gleichzeitig sollte die Anzahl der so finanzierten Wohnungen deutlich höher sein, als der Anteil der Bezugsberechtigten an der Altersgruppe der Gesamtbevölkerung.

Fraktionschef Lauer plädierte darüber hinaus dafür, dass die Wohnungen im Haus am Mühlengrund grundsätzlich allen Bevölkerungsschichten offen stehen müssen und von diesen auch bezahlt werden können. Daher sei es erforderlich, einen Teil der Wohnungen so zu finanzieren, dass sie eben auch von Sozialtransfers vollständig bezahlbar seien. Aktuell würden die Kaltmieten bei Neubauten in Höhe von 370 € für einen Einpersonenhaushalt und in einen Zweipersonenhaushalt in Höhe von 482 € übernommen.

Spielraum für eine derartige Entscheidung sei vorhanden, so Lauer weiter. Die Einnahmen aus dem Grundstücksverkauf des TN-Gelände von über 1,4 Mio. € ließen eine derartige Entscheidung zweifelsfrei zu. Es gelte, auch angesichts der angespannten Haushaltssituation in den kommenden Jahren, zu seinem Wort und den bereits getroffenen Entscheidungen zu stehen und damit Klarheit in die weitere Diskussion zu bringen. Er forderte die Fraktionen im Stadtparlament abschließend auf, sich diesem wichtigen sozialen Anliegen nicht zu verweigern.

Bei Rückfragen oder für weitere Informationen wenden Sie sich bitte an den Fraktionsvorsitzenden der SPD:

Armin Lauer
Mobil: 0173 – 301 61 61
Email: lauer@spd-roedermark.de